

Stefan Hornbostel

Forschung im Fokus der Evaluation

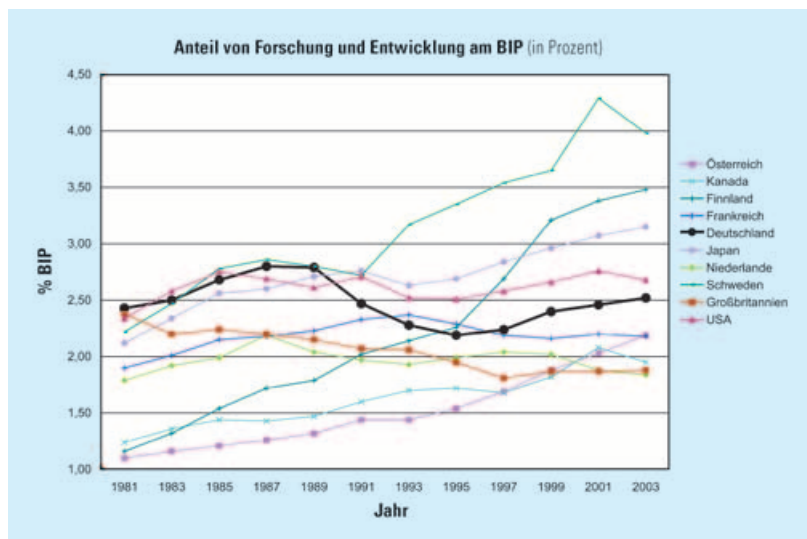
Das Institut für Forschungsinformation
und Qualitätssicherung – IFQ

IFQ

Auf Grund der Empfehlungen, die eine internationale Kommission im Rahmen der Systemevaluation von DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) und MPG (Max-Planck-Gesellschaft) ausgesprochen hatte, begannen im Jahre 2000 in der DFG Planungen für eine Verbesserung der systematischen Beobachtung der Ergebnisse und Effekte der DFG-Forschungsförderung. Nach Abwägung der Erfahrungen, die im Ausland mit unterschiedlichen Institutionalisierungsformen gemacht worden waren, wurde ein unabhängiges Institut vorgeschlagen, das nicht nur Evaluationsstudien durchführen, sondern auch in enger Anbindung an die akademische Forschung Methodenentwicklung betreiben soll. Nachdem die Kultusministerkonferenz und der Wissenschaftsrat empfahlen, die Einrichtung eines solchen Instituts voranzutreiben, beschloss die Bund-Länder-Kommission im Herbst 2003 die Freigabe der notwendigen Mittel. Im Oktober 2005 wurde schließlich das IFQ (Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung) gegründet.

Das Institut konzentriert sich in der Gründungsphase auf die Untersuchung der Forschungs- und Nachwuchsförderung durch die DFG und ist daher zunächst in Bonn in der Nähe der DFG angesiedelt. Nach und nach sollen – um Synergien nutzen zu können – auch andere Bereiche des Forschungssystems einbezogen werden. Um die Anbindung an die universitäre Forschung sicherzustellen, ist die Leitung des Institutes als gemeinsame Berufung mit der Humboldt-Universität zu Berlin (Institut für Sozialwissenschaften) ausgestaltet. Die Entscheidung für die Humboldt-Universität war nicht zuletzt durch die Gründung des »Berliner Zentrums für Wissenschafts- und Evaluationsforschung«, das gemeinsam von WZB (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), BBAW (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften) und der Humboldt-Universität zu Berlin getragen wird, beeinflusst.

Abb. 1
Anteil von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt (BIP)
(Quelle: OECD Factbook 2006)



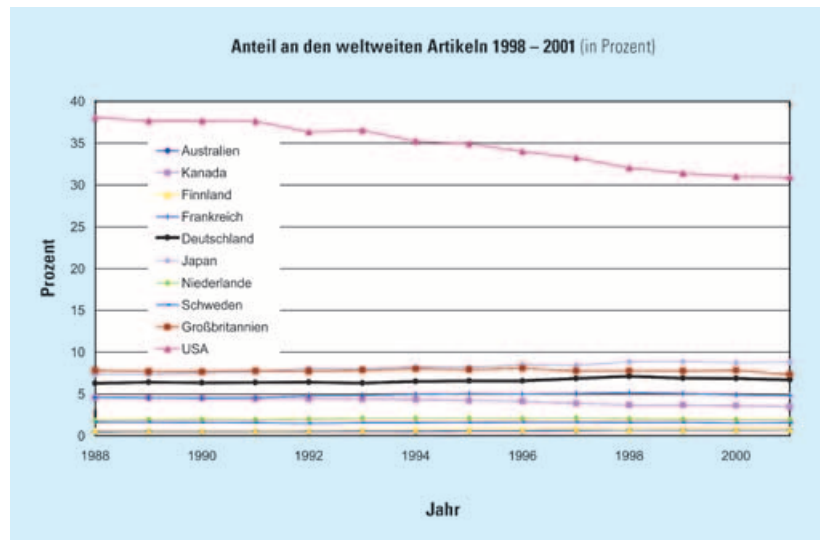
Logo des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung

tungen der Hochschulen als Institutionen zu bewerten und die Ergebnisse solcher Einschätzungen auch zu veröffentlichen, tritt in der deutschen Hochschultradition gegenüber dem Prinzip der Gleichrangigkeit aller Universitäten zurück, das stets große Bedeutung hatte.« Zu jener Zeit registrierte man in den meisten europäischen Ländern knapper werdende öffentliche Mittel für die Forschung, steigenden internationalen Konkurrenzdruck, Effizienzprobleme, aber auch erhöhte Anforderungen an Transparenz und öffentliche Rechenschaftslegung (Accountability). In vielen Ländern löste diese angespannte Lage gründliche Reformen im Hochschul- und Forschungssystem aus. Zugleich wurden erste Erfahrungen mit der Bewertung von Forschungsleistungen durch die relativ neuen Techniken bibliometrischer Untersuchungen (Publikations- und Zitationsanalysen) gemacht. In Deutschland blieb man – ähnlich wie im Bereich der schulischen Bildung – recht unbeeindruckt von den internationalen Entwicklungen und hielt am allseits kritisierten status quo fest. Während im europäischen Ausland – insbesondere in den Niederlanden und in Großbritannien – nicht nur Reformen umgesetzt, sondern auch Instrumente zur Evaluation von Lehre und Forschung entwickelt wurden, setzte in Deutschland dieser Prozess erst allmählich nach der Wende ein, zunächst mit der Evaluation und Umstrukturierung der Hochschulen in den Neuen Bundesländern und seit Beginn der 90er Jahre mit der Gründung von Evaluationsagenturen und -verbänden, die sich ganz überwiegend auf eine Bewertung von Lehre und Studium beziehen.

Man kann diese Entwicklung sicherlich nicht unabhängig von den finanziellen Rahmenbedingungen sehen, allerdings sind die Beziehungen zwischen finanziellen Aufwendungen, Reformfähigkeit, Produktivität und Effizienz keineswegs eindeutig. Die für Forschung und Entwicklung (FuE) aufgewandten Anteile des Bruttoinlandsprodukts fallen bzw. stagnieren seit Ende der 80er Jahre sowohl in den Niederlanden als auch in Großbritannien. In Österreich oder Schweden hingegen ist der umgekehrte Trend zu verzeichnen und gleichwohl eine starke forschungs- und hochschulpolitische Reformbewegung entstanden. In Deutschland haben sich nach massiven Rückgängen in den 90er Jahren die Aufwendungen seit Anfang 2000 bei einer Größenordnung von 2,5 % des Bruttoinlandsprodukts stabilisiert. (Abb. 1) Auch 2005 entsprechen die 55,1 Milliarden Euro, die Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen für Forschung und Entwicklung aufwenden, diesem Anteil.

Obwohl in Deutschland der Rückgang des staatlichen Engagements für Forschung bis in die Mitte der 90er Jahre besonders massiv ausgeprägt war und Deutschland seine Spitzenposition aus den 80er Jahren bis heute nicht wieder erreichen konnte, wurde die internationale Reformentwicklung spät und zögerlich aufgenommen. Seit Ende der 90er Jahre hat sich die anfängliche Lethargie allerdings in hektischen Aktivismus verwandelt, der zunehmend auch die Leistungsmessung in der Forschung betrifft: Auf dem »Markt« sind regelmäßige Förderrankings der DFG, Forschungsrankings des CHE (Centrum für Hochschulentwicklung), ein Pilotprojekt »Forschungsrating« des Wissenschaftsrates, diverse internationale Rankings, aber auch Modelle »Leistungsorientierter Mittelvergabe« und hochschulspezifische Informations- und Controllinginstrumentarien, die Forschungsaktivität und -qualität berücksichtigen, ganz abgesehen von Akkreditierungen (die zumindest in Masterstudiengängen auch Forschung berücksichtigen müssen) und nicht zuletzt die Exzellenzinitiative.

Das heißt allerdings nicht, dass die deutsche Wissenschaft im Gleichklang international an Bedeutung verloren hätte. Eher im Gegenteil: Während die Zahl der Artikel von US-amerikanischen Autoren, die im Science Citation Index registriert wurden, zwischen 1998 und 2001 nur moderat stieg – was ein deutliches Absinken am Anteil der weltweit registrierten Publikationen zur Folge hatte –, gelang den deutschen Auto-



ren nicht nur eine Steigerung der absoluten Publikationszahlen, sondern sogar eine leichte Verbesserung des weltweiten Publikationsanteils. Großbritannien hingegen musste bei relativ niedrigen Aufwendungen für die Forschung und einer strikt evaluationsbasierten Mittelzuweisung leichte Verluste am weltweiten Publikationsanteil hinnehmen. (Abb. 2)

Abb. 2
Anteil an weltweiten Artikeln
(Quelle: Science & Engineering 2004, Volume 2)

Ähnliches gilt für die weltweite Resonanz, die die wissenschaftlichen Beiträge in Form von Zitierungen erhielten. Während der Anteil der Zitierungen US-amerikanischer Beiträge zwischen 1992 und 2001 deutlich zurückging, die Zitierung von Beiträgen britischer Autoren konstant blieb, konnten deutsche Wissenschaftler ihren Anteil am weltweiten Aufkommen der Zitierungen leicht erhöhen. Das deutet darauf hin, dass die steigende Publikationsaktivität nicht mit einem Qualitätsverfall erkauft wurde. (Abb. 3)

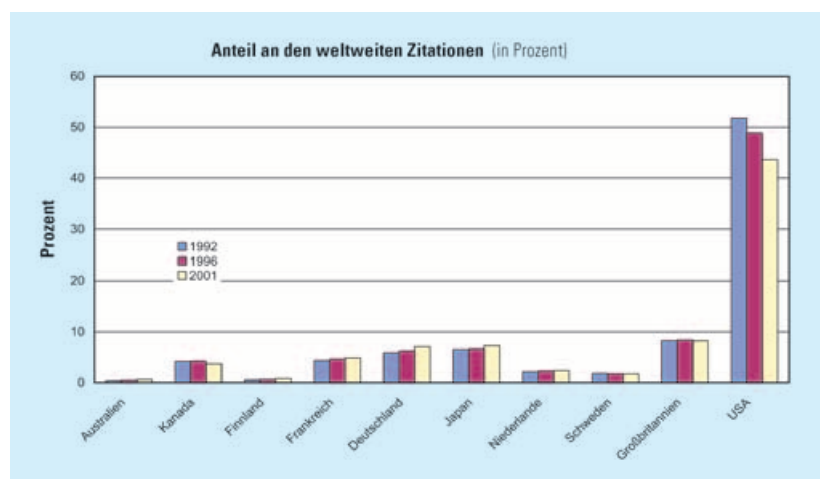


Abb. 3
Anteil an weltweiten Zitierungen
(Quelle: Science & Engineering 2004, Volume 2)

Betrachtet man allerdings den Aufwand (der häufig mangels besserer Daten durch das sehr grobe Maß wissenschaftliche Zeitschriftenartikel pro Einwohner approximiert wird), mit dem diese Position erreicht wurde, zeigt sich nicht nur, dass die Bundesrepublik bestenfalls einen mittleren Platz erreicht, sondern auch, dass die Reformen in Großbritannien und den Niederlanden sich insbesondere in einer höheren Effizienz des Forschungssystems niedergeschlagen haben. (Tab. 1)

Wissenschaftliche Zeitschriftenartikel im Science Citation Index 1999–2001	
Land	Beiträge pro 1 Mio. Einwohner
Schweden	1.139,3
Finnland	960,5
Großbritannien	821,9
Niederlande	800,5
USA	722,2
Frankreich	538,6
Deutschland	530,5
Japan	445,6

Tab. 1
Wissenschaftliche Zeitschriftenartikel im SCI 1999–2001
(Quelle: Science & Engineering Indicators 2004)

Neue Steuerungsmodelle

Hinter diesen weltweiten Veränderungen der Teilhabe an der Wissensproduktion (dazu gehören auch der schnell steigende Einfluss Chinas und Indiens) verbergen sich nicht nur vielfältige Strukturreformen und veränderte Finanzierungsmodalitäten der Forschung in vielen Ländern, sondern auch eine grundsätzliche Veränderung in den Steuerungsbeziehungen zwischen Staat und Hochschule – insbesondere in den europäischen Ländern. Ganz allgemein ist eine Veränderung von einer inkrementalistischen ex-ante Detailsteuerung hin zu einer an Leistungen orientierten ex-post Steuerung zu beobachten.

Solche Steuerungsprozesse setzen Information, Transparenz und handlungsfähige Akteure voraus.

Für die Forschung gibt es zwar in Deutschland erste dauerhafte, auf Indikatoren gestützte Berichterstattungen, insgesamt sind jedoch Informationen über den Output des Forschungssystems, die Forschungsinten-

sität und -qualität der einzelnen Hochschulen sowie Angaben über die eingesetzten finanziellen und personellen Ressourcen auf systematischer und umfassender Basis nur sehr schwer oder gar nicht zu erhalten. Die Fülle, Heterogenität und die unterschiedliche Qualität der genutzten kennzahlbasierten Verfahren führt zu oft berechtigter Kritik an der mangelnden Transparenz oder gar Tragfähigkeit der zum Einsatz gebrachten, manchmal laienhaft genutzten Messverfahren. Ebenso fehlt es an regelmäßig gepflegten, öffentlich zugänglichen Datenbeständen, wie sie für Informations- oder Evaluationszwecke benötigt werden. So ist ein output-orientiertes und tief aggregiertes Berichtssystem in Deutschland über zaghafte Versuche bisher nicht herausgekommen. Entsprechend heißt es im Bericht über die Systemevaluation von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Max-Planck-Gesellschaft (MPG): »Es mangelt bisher noch an einem kontinuierlichen Monitoring des Systems, das Fehlentwicklungen aufzeigen und zur Koordination von Aufgaben und Organisationsformen seiner einzelnen Teile beitragen könnte, sowie an effektiven Elementen zur Stimulierung insbesondere des einrichtungübergreifenden Wettbewerbs. (...) Das Verständnis für Aufgaben eines kontinuierlichen Organisations- und Qualitätsmanagements ist nur unzureichend entwickelt. Es gibt noch kein transparentes, institutionenübergreifendes System der Qualitätssicherung, und auch innerhalb der einzelnen Hochschulen mangelt es an wirksamen Qualitätskontrollen (...).« (Quelle: Bericht der internationalen Kommission zur Systemevaluation der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft 1999, S. 8, 17)

Die lange gehegten Zweifel daran, dass derartige Formen der Leistungsbewertung zukünftig das Selbststeuerungssystem der deutschen Wissenschaft prägen könnten, gründeten jedoch nicht nur in Vorbehalten methodischer Art, sondern auch in den fehlenden Steuerungskompetenzen der Akteure. Leistungsbewertungen ergeben letztendlich nur Sinn, wenn die bewerteten Institutionen motiviert und im Stande sind, Konsequenzen aus derartigen Bewertungen zu ziehen. Eine staatliche Detailsteuerung der Hochschulen in finanzieller und rechtlicher Hinsicht setzte dem Gestaltungsspielraum der Akteure jedoch einen außerordentlich engen Rahmen. Auch darauf hatte der Wissenschaftsrat bereits 1985 hingewiesen: Wettbewerb setzt »ein gewisses Maß an Handlungsfreiheit für die am Wettbewerb Beteiligten« voraus, mit der Folge, dass »Hochschulen ... nicht nur ein relativ hohes Maß an Autonomie« benötigen, um wettbewerbsfähig zu sein, sondern auch innere Organisationsstrukturen schaffen müssen, die die »Hochschule als Ganze (...)

befähigen, Entscheidungen zu treffen, wie sie unter Bedingungen des Leistungswettbewerbs mit anderen Hochschulen notwendig werden.« In den etwas mehr als 20 Jahren, die seit dieser Diagnose vergangen sind, hat sich der rechtliche und organisatorische Gestaltungsspielraum und das interne Management der Hochschulen massiv verändert, ohne dass dieser Prozess jedoch bereits abgeschlossen oder flächendeckend realisiert wäre.

Ein deutscher Sonderweg?

Die Gründe dafür, dass in Deutschland eine kontinuierliche Forschungsberichterstattung über Leistungen und Effizienz nur eingeschränkt stattfindet, liegt nicht nur in der ausgeprägten Dezentralität des deutschen Forschungssystems, sondern auch in der Entwicklung der Forschungspolitik. In den 80er Jahren folgten in Deutschland – anders als in den europäischen Nachbarländern – den Forderungen des Wissenschaftsrates nach mehr Wettbewerb und Transparenz keine grundlegenden forschungspolitischen Konsequenzen. Vielmehr wurden die bewährten kompetitiven Elemente nolens volens verstärkt, ohne jedoch die dazugehörige Leistungstransparenz herzustellen. Auch die Steuerungsfähigkeit der Hochschule wurde erst in jüngster Vergangenheit – in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich – ausgebaut und ist nach wie vor von umfassender Autonomie weit entfernt.

Seit etwa 20 Jahren ist die zunehmende Wettbewerbsorientierung in der deutschen Forschungslandschaft an einer beständigen Auseinanderentwicklung von Grundausrüstung und Drittmittelwerbungen zu erkennen. Allein in der Zeit zwischen 1993 und 1998 wuchsen nach Angaben des Wissenschaftsrates die Grundmittel real um 1,3 % jährlich, die Drittmittel jedoch real um 4,2 % jährlich. Berücksichtigt man, dass die Grundmittel überwiegend in Lehre und Studium eingesetzt werden und dort allein die Zahl der Prüfungen im Zeitraum um 2,4 % pro Jahr gestiegen ist, wird schnell deutlich, dass seit den 80er Jahren eine dramatische Umgestaltung der Forschungsfinanzierung stattgefunden hat. Die konditionslose und ohne Qualitätskontrolle vergebene Grundfinanzierung ist für die Forschung immer bedeutungsloser geworden. Die Folge ist, dass etwa die Hälfte des FuE Personals über Drittmittel finanziert wird. Dieser Durchschnittswert bedeutet für forschungsintensive Fächer, dass mehr als zwei Drittel des Forschungspersonals aus hochschulexternen Mitteln finanziert wird. (Abb. 4)

Eine solche Verschiebung der Qualitätskontrolle im Forschungssystem auf das Begutachtungssystem der Drittmittelgeber berührt natürlich deren Funktions-

weise und Arbeitsfähigkeit, aber auch die Legitimation ihrer Entscheidungen und die Bedeutung ihrer strategischen Ausrichtung. Ganz besonders betrifft das die DFG, die für die Hochschulen der bedeutendste Forschungsfinanzier ist.

Der gestiegene Wettbewerbsdruck lässt sich unter anderem an der Entwicklung der Antragszahlen bei der DFG erkennen: Während in den frühen 80er Jahren jährlich relativ stabil zwischen 6.000 und 6.500

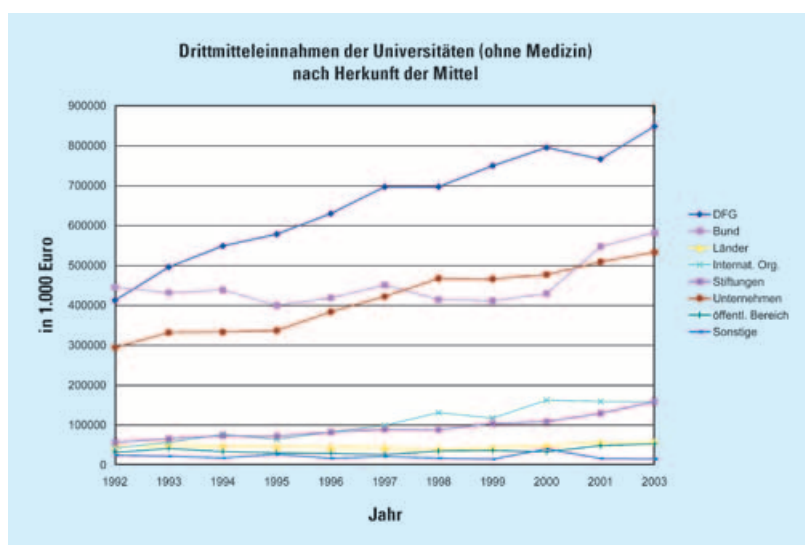


Abb. 4
Drittmittel-einnahmen der Universitäten (ohne Medizin) nach Herkunft der Mittel
(Quelle: Statistisches Bundesamt 2006)

Anträge auf Sachbeihilfe eingingen, ist der Wert bis 1998 auf knapp 13.000 Anträge angestiegen. In weniger als 20 Jahren hatte sich damit der Antragsdruck verdoppelt. Derartige Steigerungen des Antragsvolumens haben Folgen für den Bewilligungsprozess, denn die verfügbaren Mittel erhöhten sich deutlich langsamer, als die Antragszahlen. Mitte der 60er Jahre war die Bewilligung eines Antrages bei der DFG noch so gut wie sicher. Um die 90 % aller Anträge wurden positiv beschieden. Noch 1995 konnten gut 68 % der Anträge im Normalverfahren bewilligt werden. Im Jahr 2004 ist diese Quote auf ca. 46 % gesunken. (Abb. 5)

Wirft man einen Blick auf die aktuellen Förderquoten (Anteil der bewilligten an den beantragten Projekten) und die Bewilligungsquoten (Anteil der bewilligten Mittel an den beantragten) in der Einzelförderung der DFG, wird deutlich, wie stark sich die heutige Wettbewerbssituation von den ›idyllischen‹ Verhältnissen der 60er

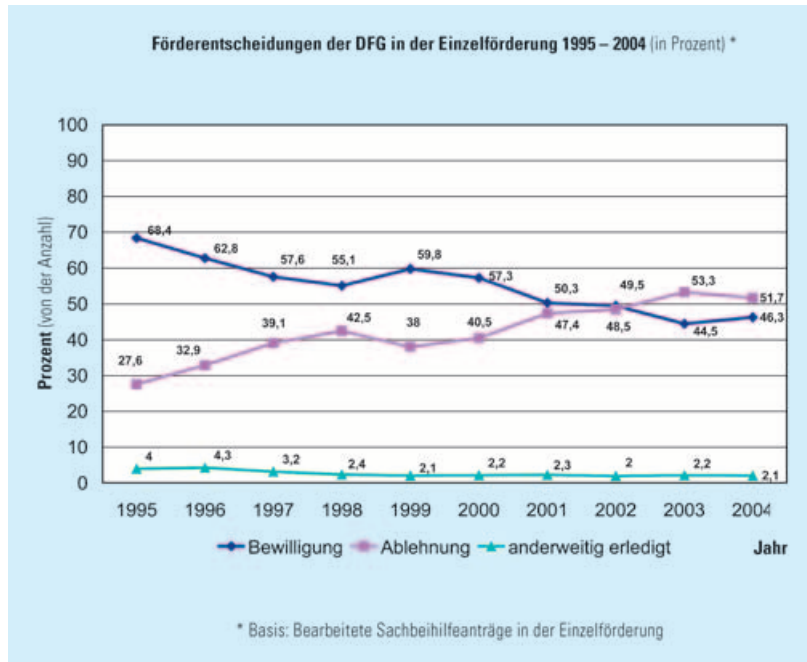
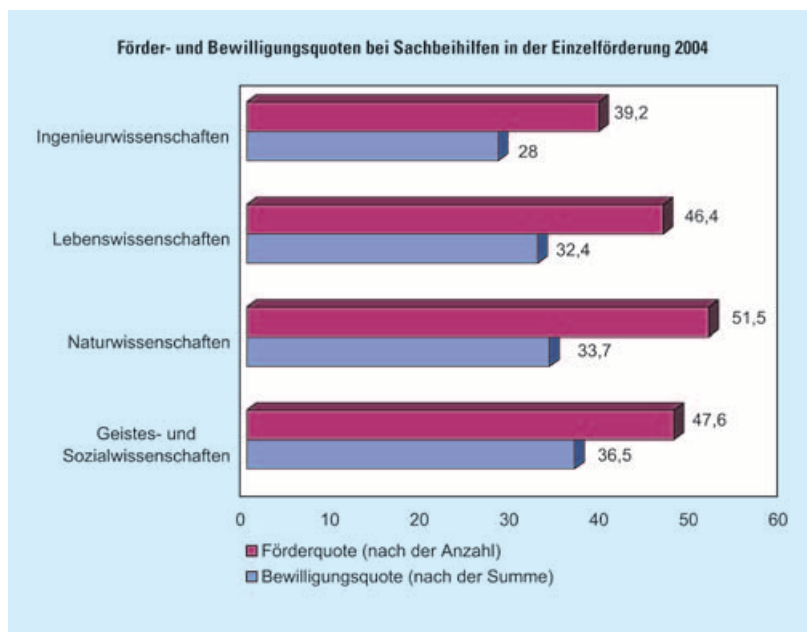


Abb. 5
Förderentscheidungen der DFG in der Einzelförderung
(Quelle: Deutsche Forschungsgemeinschaft, DFG im Profil: Antragsbearbeitung. Im Internet; www.dfg.de/dfg_im_profil/zahlen_und_fakten/statistische_diagramme/diagramme_antragsbearbeitung.html; Stand 27.02.2006)

und 70er Jahre entfernt hat. Je nach Fächergruppe werden ca. 39 bis 52 % der Anträge und vom beantragten Mittelvolumen etwa 28 bis 37 % bewilligt. Auch



bewilligte Projekte müssen also durchaus kräftige Abstriche hinsichtlich der beantragten Fördermittel hinnehmen. (Abb. 6)

Für die DFG, die mit rund 35 Prozent des gesamten Drittmittelvolumens der Hochschulen der wichtigste Akteur ist, bedeutet dies neben einem steigenden Bearbeitungsbedarf auch neue Anforderungen hinsichtlich der Qualitätskontrolle, der internen Verfahren und der öffentlichen Rechenschaftslegung. Ganz besonders dringlich stellen sich Fragen danach, ob die Förderprogramme die gesetzten Ziele erreichen, die Programme auf den tatsächlichen Bedarf zugeschnitten sind, ob Defizite oder Desiderata erkennbar sind, und wie darauf reagiert werden kann. Das sind keine grundsätzlich neuen Fragen, denn auch bisher wurden Förderinstrumente sich wandelnden Bedingungen angepasst. Neu ist die Frage, wie sich kontinuierlich und systematisch Informationen gewinnen lassen, die zur Beantwortung derartiger Fragen notwendig sind.

Dass es sich dabei nicht einfach um eine technische Frage handelt, wird schnell deutlich, wenn man das besondere Spannungsfeld bedenkt, in dem sich die DFG-Förderung bewegt: Anders als ministeriale Förderprogramme, ist die DFG als »Selbstverwaltungseinrichtung der Wissenschaft« eng an die wissenschaftsintern formulierten Akzentsetzungen gebunden. Das ist zweifellos ein Vorteil, allerdings einer, der durchaus problematisch werden kann, wenn eine rein responsive Ausrichtung zur Festschreibung einmal gefundener Modalitäten führt. Ein gewisses Maß an strategischer Planung und Innovation ist daher auch für Selbststeuerungsprozesse der Wissenschaft notwendig, um Anpassungen in einer sich schnell wandelnden Wissenschaftslandschaft generieren zu können.

Ein weiterer Aspekt ist schließlich zu berücksichtigen: Forschungspolitik und Öffentlichkeit, ebenso wie externe und interne Steuerungsinstrumente, setzen zunehmend auf indikatorisierte Berichterstattungen über die Leistungsfähigkeit und über die Stärken und Schwächen der öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen. Unter den genutzten Indikatoren findet sich regelmäßig eine Angabe zu den eingeworbenen Drittmitteln. Es ist durchaus sinnvoll, den hohen Einsatz von Zeit und Expertise, der in die Antragsbegutachtung fließt, in einem »Drittmittelindikator« zu nutzen. Allerdings muss sich dann auch zeigen lassen,

Abb. 6
Förder- und Bewilligungsquoten der DFG bei Sachbeihilfen in der Einzelförderung
(Quelle: Deutsche Forschungsgemeinschaft 2005)

dass ein solcher Indikator tatsächlich qualitative Dimensionen von Forschungsleistungen abbildet.

IFQ – Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung

Diese und weitere Fragen standen bei der Gründung des IFQ Pate. Aufgrund der Struktur des deutschen Forschungssystems erschien es nicht empfehlenswert, eine staatliche, zentrale Einrichtung zu gründen. Für Deutschland kam vielmehr ein Modell nach amerikanischem Vorbild in Frage, wo innerhalb der National Science Foundation eine eigenständige Abteilung, die »Division of Science Resources Studies (SRS)« Berichterstattungsaufgaben (darunter auch gesetzlich übertragene) übernimmt und die Funktion einer Clearingstelle für die Erhebung, Sammlung, Auswertung und Interpretation von forschungs- und technologiebezogenen Daten inklusive eigenständiger Primärerhebungen (z.B. Surveys zu Themen wie Frauen, Minderheiten, Nachwuchs etc.) wahrnimmt. In Deutschland sind derartige Aufgaben auf mehrere Schultern verteilt (amtliche Statistik, einzelne Forschungsinstitute, Berichte der Bundesregierung etc.).

Daher wurde für das IFQ eine für evaluative Fragestellungen durchaus ungewöhnliche Organisationsform gewählt. Das IFQ ist eine unabhängige Forschungseinrichtung, was sich nicht zuletzt in der Entscheidung, die Leitung des Institutes als gemeinsame Berufung auszugestalten, niedergeschlagen hat. Es wird als »Hilfseinrichtung der Forschung« von der DFG finanziert und ist damit unabhängig von politischen Einflussnahmen und in die Selbststeuerungsmechanismen der Wissenschaft integriert. Und es arbeitet zugleich so eng mit der DFG zusammen, dass die häufig beklagte Folgenlosigkeit von Evaluationen (aufgrund zu großer Distanz) hoffentlich nicht eintritt. Die enge Zusammenarbeit mit der DFG soll auch einem weiteren Problem heutiger Evaluationspraxis begegnen: Die ständige Neuerhebung von Daten für Evaluationszwecke ist mit einer sehr hohen Belastung für alle Beteiligten verbunden. Das IFQ will daher Modelle erarbeiten, in denen versucht wird, ohnehin erhobene Daten und vorhandenes Wissen so mit zusätzlichen Informationen zu versehen, dass ein »Monitoring« möglich wird. Anstelle von ständigen Neuerhebungen sollen prozessförmig erzeugte Daten für evaluative Zwecke nutzbar gemacht werden.

Schließlich soll das Institut durch enge Kooperation mit anderen Akteuren zum Bestandteil eines Netzwerkes, und nicht zu einer singulären Einrichtung werden. Erste Schritte in diese Richtung wurden in Berlin von WZB, BBAW und der Humboldt-Universität

mit der Gründung des »Berliner Zentrums für Wissenschafts- und Evaluationsforschung« (BZWE) getan, das ein Cluster für die interdisziplinäre Wissenschaftsforschung bildet. Mittelfristig soll es in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnern auch möglich werden, Aussagen über die Forschung in Deutschland insgesamt zu treffen und Ansätze für ein europäisches benchmarking zu entwickeln. Für ein solches Vorhaben mangelt es aber – nach Disziplinen sehr unterschiedlich – an geeigneten Methoden, Verfahren und Indikatoren. Das IFQ wird sich daher nicht nur um Anwendungen bemühen, sondern auch um Verfahrens- und Methodenentwicklung.

Zu den ersten Schwerpunkten der Arbeit des IFQ wird die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses gehören (Promotionsförderung und postgraduale Programme), die Entwicklung von Erhebungsinstrumenten für koordinierte Programme, die Entwicklung von Monitoringinstrumenten auf der Basis von Projektabschlussberichten, das Begutachtungswesen, der Aufbau eines Informationssystems zu wissenschaftlichen Einrichtungen und schließlich auch die Durchführung von Befragungen zu aktuellen Fragen der Forschungsförderung und Arbeitssituation der Wissenschaftler.

Internet

www.forschungsinfo.de



Prof. Dr. Stefan Hornbostel

Jg. 1955. Sozialwissenschaftliches Studium an der Georg-August-Universität in Göttingen. Promotion an der Freien Universität Berlin. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Kassel, Köln und Jena. Tätigkeit als Referent am CHE Centrum für Hochschulentwicklung. Professur am Institut für Soziologie der Universität Dortmund. Seit 2005 Professor am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und Leitung des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung.

Kontakt

Humboldt-Universität
zu Berlin
Philosophische Fakultät III
Institut für Sozialwissenschaften
D-10099 Berlin
Tel.: +49 228 97273-0
Fax: +49 228 97273-49
E-Mail: hornbostel@forschungsinfo.de